

Die „Freie Presse“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postung ohne Postgebühr monatlich 3,- M., bei Zustellung unter Freitrag 4,- M. Die „Freie Presse“ ist in den ersten Lieferungen der Postzeitungsliste für 1919 eingetrag. Redaktionen und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2894.

Inserate haben die achtspaltige Typensetzeile ober dem Raum L 20 III., Wortanzeigen das sechsspaltige Wort 80 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Leertext 10 Pf. Bei Familien- u. Veranlagungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 2 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 0766

Freie Presse

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Massenverhaftungen in Budapest.

Das Wüten der Ordnungsbeflie.

H. N. Wien, 14. August.

Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Budapest: Die neuesten Polizei ist eifrig bemüht, alle im Lande befindlichen Sozialdemokraten unschädlich zu machen. Bisher beträgt die Zahl der allein in Budapest verhafteten Sozialdemokraten 7000. Unter ihnen befindet sich auch der Präsident der früheren Ministerregierung Alexander Garbai, sowie zahlreiche Frauen und Mädchen, die als Agitatricinnen tätig waren.

Sozialistische Interpellation wegen Ungarn.

H. N. Haag, 14. August.

Aus Paris wird gemeldet: Cassin hat die Absicht, die Regierung über ihre Stellungnahme bezüglich Ungarns und des Regierungsantritts des Erzherzogs Josef zu interpellieren.

Die Kabinettsbildung in Ungarn.

H. N. Wien, 14. August.

Die Bildung des ungarischen Koalitionsministeriums ist bis jetzt noch immer nicht zum Abschluß gekommen. Eine neue Schwierigkeit ist dadurch entstanden, daß Erzherzog Josef den bisherigen Ministerpräsidenten Friedrich Krizsacschaki den vorgeschlagenen Ministerpräsidenten Friedrich Krizsacschaki nicht annehmen will. Bisher ist es auch nicht gelungen, die Sozialdemokraten, die den industriellen Gewerkschaften angehören, zum Eintritt in das Ministerium zu bewegen. Die Beratungen werden jedoch fortgesetzt.

Die Tschechen und Südslawen gegen die Wiedererrichtung der Monarchie in Ungarn.

H. N. Haag, 14. August.

Aus Paris wird gemeldet: In tschechisch-slowakischen und südslawischen Kreisen ist man über die Gefahr einer Wiedererrichtung der habsburgischen Monarchie in Ungarn sehr besorgt. Die tschechisch-slowakische Friedensdelegation wird wahrscheinlich über diese Frage eine Erklärung in der Friedenskonferenz abgeben, der sich sicher die Jugoslawen anschließen werden. Auch in hiesigen rumänischen Kreisen verfolgt man die Entwicklung der Dinge in Ungarn mit sehr gemischten Gefühlen und sympathisiert keineswegs mit einer Wiederaufrichtung der Monarchie in Ungarn.

Der Kaiser-Josef will keine Monarchie.

Wien, 14. August.

Der Vertreter des Holländisch-Nieuwsbureaus ist auf Grund einer ausdrücklichen Genehmigung des Erzherzogs Josef zu der Feststellung ermächtigt, daß der Erzherzog monarchistischen Tendenzen fern steht. Der Erzherzog lehnt mit aller Entschiedenheit die Zumutung ab, daß er in irgendeiner Richtung auf die Entschlüsse der allein zuständigen Volksvertretung Einfluß nehmen, oder das monarchistische System in Ungarn wieder einführen will. Er erfüllt ausschließlich eine staatsliche bürgerliche Pflicht, indem er die ihm zugewiesene Mission eines Verwesers ausübt. Er wird alle ihm auferlegten Pflichten ausschließlich so ausführen, wie es die Rücksicht auf die ungewisse Souveränität des Volkes fordert. Alle Gerüchte, die mit dieser Erklärung in Widerspruch stehen, sind aus der Luft gegriffen und widersprechen den Tatsachen.

Republikanische Kundgebungen in Oesterreich.

Wien, 13. August.

Ebenso wie in Wien fanden in Graz, Linz, Salzburg und anderen Städten Kundgebungen der Volkswacht, der Polizei und Gendarmerie für die republikanische Staatsform in Anwesenheit der Spitzen der zivilen und militärischen Behörden statt. Es wurden Entschlüsse angenommen, in welchen das unverbrüchliche Festhalten an der demokratischen Republik betont wird.

Das englische Freiwilligenheer.

Amsterdamburg, 13. August.

Das Reutersbureau meldet, daß Churchill in der Unterhaus-Sitzung vom 12. August eine Erklärung über die Herabsetzung der britischen Heeresstärke abgab, in der er sagte, gegen den 31. Oktober werde die Rheinarmee auf eine Brigade und eine Flugabwehrabteilung herabgesetzt werden. Die Heimbeförderung der britischen Gefangenen sei jetzt gestattet.

Der Oberste Rat habe die Heimbeförderung der deutschen Gefangenen jedoch nicht erlaubt. Churchill legte Nachdruck darauf, daß nächstes Jahr England und Deutschland die einzigen zwei großen Nationen sein werden, die Freiwilligenheere haben, und daß die britische Politik grundsätzlich auf das gleiche Freiwilligenheer zurückzuführen sei, das vor dem Kriege bestanden habe.

Der englische „Dreibund“ und die Politik der direkten Aktion.

London, 13. August. (Reuter.)

Beim Schluß der Konferenz des „Dreibundes“ wurde offiziell mitgeteilt, daß der Antrag angenommen ist, im Hinblick auf die zur Zeit der Zusammenkunft am 23. Juli veränderte Lage und auf die veränderte Haltung der Regierung, die Politik der direkten Aktion zu verschieben.

Die Ablieferung der Fischereifahrzeuge.

Berlin, 13. August.

Neue fand zwischen den deutschen Regierungsvertretern und Fischereifachverständigen und den Ententevertretern eine Besprechung über die Ablieferung der Fischereifahrzeuge statt. Deutscherseits wurde das Angebot gemacht, ein Viertel der nach dem Friedensvertrage abzuliefernden Fahrzeuge innerhalb der vorgeschriebenen 60 Tage nach dem Inkrafttreten des Vertrages zu übergeben und drei Viertel der abzuliefernden Fahrzeuge nach den Wünschen der Entente auf deutschen Werften neu zu bauen. Dieser Vorschlag hat für Deutschland den Vorteil, daß unsere Fischer keine Unterbrechung zu erleiden brauchen und bietet der Entente den Vorteil, anstatt älterer, für sie unbrauchbarer Fahrzeuge moderne, nach eigenen Angaben gebaute zu erhalten. Der Vertreter Frankreichs fragte, ob Deutschland damit einverstanden wäre, daß die neu zu bauenden Schiffe insgesamt als Dampfer gebaut werden könnten. Der deutsche Vorsitzende sagte dies zu. Die Vertreter der Entente regierungen erbat schriftliche Uebergabe der deutschen Vorschläge.

Die belgische Regierung und die Streiks.

Amsterdam, 14. August.

Reuter meldet aus Brüssel, daß sich die belgische Kammer bis zum 10. September vertagt hat. Der belgische Ministerpräsident berichtete über das Ergebnis seiner Verhandlungen mit den Eisenbahnarbeitern und dem Bund der Staatsbeamten. Er erklärte, daß man den Angehörigen weitestgehend so weit wie möglich entgegenkommen wolle. Durch den Streik würde es jedoch der Regierung unmöglich gemacht werden, ihre Aufgabe zu erfüllen.

Unlagen gegen die amerikanischen Milliardäre.

Amsterdam, 12. August.

Das Reutersbureau meldet aus Washington, daß in Verfolg kürzlich gemachter Andeutungen bezüglich bevorstehender Entschlüsse über die Eisenbahnen Plumb, der Urheber des Kontrollplanes der Eisenbahnangelegenheiten, vor dem bundesstaatlichen Handelsausschuß gegen die Bahnen Klage erhoben hat. Laut Plumb haben 18 amerikanische Bahnen, die augenblicklich ganz oder teilweise von Morgan, Rockefeller und Gould kontrolliert werden, Prämien (Bonus Shares) erteilt, die sich von 1900 bis 1910 auf über 415 Millionen Dollar belaufen haben und auf diese Prämien Millionen von Dividenden gezahlt. Plumb fordert, daß der Kongreß im Interesse der Angestellten und des Publikums unverzüglich die von ihm erhobenen Anschuldigungen untersucht. Er berichtet besonders von sechs wichtigen Bahnen, die ihren Anteilnehmern über 250 Millionen Dollar gegeben haben, während die Dividende allein im Jahre 1913 über 11 Millionen Dollar betrug. Er führt auch an, daß sechs andere Bahnen Prämien verteilt haben, die sich auf 101 Millionen Dollar belaufen, auf die im Jahre 1913 4 Millionen Dollar Dividende gezahlt wurden.

Herabsetzung der Lebensmittelpreise in Amerika.

H. N. Haag, 14. August.

Aus Washington wird gemeldet: Präsident Wilson hat vom Kongreß einen Kredit von 175 Millionen Dollars verlangt und die Ermächtigung erbeten, die Geheimpolitik in den Dienst gegen die Nahrungsmittelpolitik stellen zu dürfen. Die Nahrungsmittelverwaltung in New York hat nunmehr die Höchstpreise für Nahrungsmittel festgesetzt. Diese betragen 20 Prozent weniger als die jetzt geltenden.

Ein Feldzugsplan der Reaktion.

Unter dem Vorwande, gegen innere Unruhen gerüstet zu sein, läßt sich die Reichswehrbrigade 9 in Lübeck durch die britischen Kommandostellen der Noskogarden im Brigadenbereich vollständige Feldzugspläne anfertigen, die nach ihrem ganzen Inhalte nichts anderes bedeuten können, als die Vorbereitungen zum Staatsstreich, zur Wiederherstellung der Monarchie und zur Aufrichtung der militärischen Diktatur.

Der auf Befehl der Reichswehrbrigade 9 in Lübeck von dem höheren Aufstellungsstab Nr. 33 in Schwerin ausgearbeitete Feldzugsplan lautet folgendermaßen:

Schwerin, den 17. Juli 1919.

Höherer Aufstellungsstab Nr. 33.

17. J. D. Nr. 1a Nr. 31 persönlich. Geheime.

An die Reichswehrbrigade Nr. 9 in Lübeck.

Zum Schreiben Reichswehrbrigade 9 Ia—b persönlich — geheim wird anliegenden Uebersandt.

1. Karte 1 : 100 000 Umgebung von Schwerin.
2. Stadtplan von Schwerin.
3. Die Beantwortung des dortigen Fragebogens.

In der Nähe der Stadt ist zur Ausladung von Truppen nur der Bahnhof Holthusen geeignet. Die übrigen kleineren Stationen müssen wegen ihrer ganz unzulänglichen Rangieranlagen und der geringen Gleidentwicklung unberücksichtigt bleiben. In Holthusen können Militärzüge unter Benutzung der zur Munitionsanfuhr gedehnten Privatrampe in etwa zweifelhafte Zugfolge entladen werden, evtl. könne auch Kleinen für Ausladungen in Frage.

gez. v. S. (...)

Antworten zum Fragebogen des Reichswehrbrigadenkommands 9 Ia—b.

Nr. 8 persönlich — geheim.

(Zu 1.) Nach Ansicht der Division werden mindestens ein Infanterieregiment und eine gemischte Gendarmerie-Abteilung zur Unterdrückung innerer Unruhen benötigt.

(Zu 2.) Die Stadt Schwerin gehört zum freistaatlichen Mecklenburg. Während früher der Beamtenstand vorherrschte, kann jetzt wohl gesagt werden, daß Beamte und Arbeiter in etwa gleicher Anzahl vorhanden sind. Das Stimmverhältnis bei den letzten großen Wahlen war derart, daß die Angehörigen der rechts- und linksstehenden Parteien sich ungefähr die Waage hielten.

(Zu 3.) Augenblicklich herrscht Ruhe, Ordnung und Sicherheit. Wenn auch Unruhen im Augenblick nicht zu erwarten sind, so ist der Ausbruch von Unruhen doch immerhin möglich. In dieser Ansicht wird die Division bestärkt, weil einer der hauptsächlichsten Militärlieferanten (im Original steht der Name D. Med.) welcher im Winter die Unruheshifter anführte, kürzlich wieder in Schwerin eingetroffen ist. Außerdem haben die zwei bis dreihundert Sportlisten und Kommunisten jederzeit darauf abgesehen, Unruhen unter die Bevölkerung zu bringen.

(Zu 4.) Die Haltung der Arbeiterschaft ist bis jetzt ruhig, jedoch sind kleinere „Karempfungen“ mit Reichswehrtruppen bereits vorgekommen. Die Vereinfachung der Arbeiterschaft ist zum größten Teil sozialdemokratisch, doch gehört auch ein nicht zu vernachlässigender Teil den Unabhängigen, Sportlisten und Kommunisten an. An größeren Betrieben sind vorhanden: die Hofferwerke, Munitionsfabrik Holthusen, Perzina-Werke. Die Hauptmasse der Arbeiterschaft wohnt in Schwerin selbst. (In den Berichten bei der Infanterielagerne und beim Schlachthofplan.) Ob sich in ihrem Besitz Waffen befinden, ist nicht einwandfrei festgestellt, jedoch ist es anzunehmen. Mit ihrem bewaffneten Widerstand (!) ist zu rechnen.

(Zu 5.) Die Lage bei der Post, beim Telegraphenamt, bei der Eisenbahn, beim Gas- und Elektrizitätswerk und beim Wasserwerk ist als unruhig zu bezeichnen. Es hat den Anschein, als wenn die Eisenbahnarbeiter s. B. die unruhigsten Elemente sind. Nicht unsicher ist auch die Post. Der Vorschlag der Division, in der Post Waffen niederzuliegen, damit die Beamten sich gegebenenfalls verteidigen können, ist vom Beamtenausschuß abgelehnt.

(Zu 6.) Der Arbeiterrat ist augenscheinlich eine berufstätige Tätigkeit aus. Allerdings ist bedauerlich, daß der Vorsitzende des Arbeiterrates, Herr Wolkmann (ein ganz verdorbener Rechtssozialist D. Med.) gleichzeitige Mitarbeiter des hiesigen sozialdemokratischen Blattes „Das freie Wort“, sehr viel links steht und die genannte Zeitung stark lezt.

(Zu 7.) Die führenden Persönlichkeiten in der staatlichen Verwaltung Mecklenburgs sind die Staatsminister Dr. Wondorf, Sielowich, Heul und Derschoff. Die treibende Kraft von ihnen der Staatsminister Heul (Rechtssozialist, D. Red.), der seinerseits wieder den Staatsminister Wondorf als Sprachrohr vorschreibt. Die führende Persönlichkeit in der Presse ist der Redakteur der „Mecklenb. Zeitung“, jedoch bleibt der Redakteur des sozialdem. „Freien Wortes“ nicht ohne großen Einfluß. (Es folgen dann die Namen der in der Gewerkschaft und in den politischen Parteien tätigen Personen, D. Red.)

(Zu 8.) Eine Liste der Häufelührer und regierungsfreundlichen Elemente liegt aus. (Die Liste enthält 16 angebliche Mitglieder der U. S. P. und 25 angebliche Sozialisten, es handelt sich bei den Gemeindeführern auch um Rechtssozialisten, hauptsächlich um Personen, die in der Arbeiterbewegung einen großen Einfluß genießen. D. Red.)

(Zu 9.) Die beiden führenden Zeitungen...

(Zu 10.) An Gebäuden müssen unbedingt abgebrochen werden: 1. das Arsenal, 2. der Bahnhof, 3. die Post, 4. das Ministerium, 5. das Schloss, 6. das Elektrizitätswerk, 7. die Gasanstalt, 8. das Divisionsgebäude, 9. Grenzkaserne, 10. Art. Kaserne, 11. Mecklenburgische Hypothek- und Wechselbank, 12. Reichsbanknebenstelle, 13. Alte Munitionsanstalt am Faulen See, 14. Militär-Depot.

(Zu 11.) Durch die Lage der Seen kann die Stadt leicht in zwei Teile, einen Ost- und einen Westteil, durch Sperrungen getrennt werden. Unte Wasserwehr, Burgsee, Ostersee wäre als Trennungslinie zu denken.

(Zu 12.) handelt von den verfügbaren Truppen und deren Überzahl.

(Zu 13.) wird die eventuelle Gründung von Einwohnerwehren besprochen und weiter angeführt, daß „bis vor 14 Tagen die Staatsregierung der Gründung von Einwohnerwehren ablehnend gegenüber stand.“

(Zu 14.) Waffenlager befinden sich im Arsenal, im Wagenhaus hinter der Feldart. Kaserne und in der alten Munitionsanstalt am Faulen See.

(Unter 15) wird die Presse der vorhandenen reaktionären Gesellschafter angegeben.

Der Wortlaut dieses Planes ergibt zweifellos, daß es sich nicht um die Abwehr etwa drohender Gefahren handelt — in der Begründung heißt es ausdrücklich, daß „Unruhen im Augenblick nicht zu erwarten“ seien, daß aber der Ausbruch von Unruhen „immerhin möglich“ sei — sondern daß hier ein Angriffsplan der Reaktion vorliegt. Spricht doch der Bericht ausdrücklich von einem „Widerstand“ der Arbeiter. Ein Widerstand ist aber natürlich nur möglich wenn man zuvor angegriffen ist. Auch die Angabe der zu besetzenden Gebäude, und vor allem die Aufzählung der „Häufelührer“ und „regierungsfreundlichen Elemente“ die offenbar sofort bei Beginn des Staatsstreiches verhaftet werden sollen, zeigen das wahre Gesicht dieses Planes.

Angeichts dieser Vorbereitungen der Gegenrevolution ist es geradezu ungeheuerlich, daß, wie uns aus Mecklenburg berichtet wird, der dortige rechtssozialistische Staatsminister Heul, der von diesem Plane erfahren hatte, ihm nicht die geringste Bedeutung beilegte, und sogar wollte, daß die Veröffentlichung dieses Schriftstückes unterbliebe, weil diese „harmlose Sache“ nur zur Aufpeitschung der Arbeitermassen führen könnte.

Die rechtssozialistischen Führer, die erst durch ihre ganze Politik dem neuen Militarismus die Wege geebnet haben, wollen auch jetzt noch die ungeheure Gefahr nicht sehen, die der deutschen Revolution und dem deutschen Proletariat droht.

Es ist nicht anzunehmen, daß ein Angriffsplan der Gegenrevolutionäre bloß für Mecklenburg ausgearbeitet ist. Alle Anzeichen weisen vielmehr darauf hin, daß die Vorbereitungen der militärischen Gegenrevolution nach einem einheitlichen Plane, unter zentraler Leitung für das ganze Reich getroffen werden. Namentlich in letzter Zeit, wo die Hoffnungen der monarchistischen Staatsstreicher durch die Vorgänge in Ungarn besüßelt worden sind, wird an den gegenrevolutionären Vorbereitungen mit verstärktem Eifer gearbeitet.

Wehr denn je hat die Arbeiterklasse jetzt Veranlassung, die Augen offen zu halten, um den drohenden Gefahren zu begegnen. Von der Regierung aber verlangen wir nachdrücklich sofortige durchgreifende Maßnahmen gegen jene militärischen Stellen, die unter dem harmlosen Deckmantel der „Abwehr“ eventueller Unruhen die Aufmarschpläne der Gegenrevolution ausarbeiten und Vorbereitungen für ihre Verwirklichung treffen.

Die Auknießer schweigen!

Die heutigen Morgenblätter drucken fast sämtlich die Mitteilung des Wolffschen Bureaus über das Inkrafttreten der Verfassung ohne jede Bemerkung ab. Sie sagen auch nichts zu der Ungeheuerlichkeit, daß die Nationalversammlung als „Reichstag“ weiter bestehen bleiben soll. Nur ein einziges Blatt, die „Wolffsche Zeitung“, macht eine Ausnahme; sie erklärt folgendes:

In dieser Mitteilung des Wolffschen Bureaus fällt es auf, daß die Nationalversammlung von jetzt ab die Bezeichnung „Reichstag“ führen soll. Das scheint uns nach der Unterjochung zu bedürfen. Nach der Verfassung heißt allerdings das deutsche Parlament „Reichstag“, aber erst nach erfolgter Wahl. Die Nationalversammlung ist jetzt revolutionären Rechts zum Ausdruck gekommen, um eine ganz bestimmte Anzahl von Aufgaben zu lösen. Sie ist also völlig verschieden von dem auf Grund der Verfassung zu wählenden Reichstag. In der Tat ist ja auch von keiner Seite bestritten worden, daß die Nationalversammlung nach Erhebung der dringlichsten Augenblicksaufgaben aufgelöst werden muß. In diesem Tatbestand, ebenso wie an der Notwendigkeit, daß die Revolution möglichst beschleunigt werden müsse, hat sich nichts geändert. Deshalb sollte man es ruhig bei dem Namen „Verfassunggebende Nationalversammlung“ lassen und die Bezeichnung Reichstag für den — Reichstag aufsparen.

Der „Vorwärts“ schweigt! Dieses Blatt scheint also mit dem Beitrag, der am deutschen Volke verübt werden soll, einverstanden zu sein. Das Zentralorgan der Rechtssozialisten billigt damit diesen neuesten Terrorakt. Es weiß darum: eine Volksabstimmung würde zeigen, daß die rechtssozialistische Partei bei der wertvollen Bevölkerung ausgespielt hat, daß insbesondere das Klassenbewußte Proletariat von ihr nichts mehr wissen will.

Die Auknießer an dem Beitrag der Regierung schweigen! Dieselben Leute, die im November und Dezember nicht laut genug nach der Nationalversammlung tusen konnten, damit sie die revolutionären Errungenschaften des Proletariats so schnell wie möglich beseitigen sollte, heute schweigen sie, weil ihnen vor der Abrechnung bangt!

Die Saboteure des Friedens.

Professor F. W. Förster sendet dem „Vorwärts“ aus Bern ein Telegramm, das die Anklage gegen die Saboteure des Friedens wirkungsvoll ergänzt. Das Telegramm lautet: „Als Deutscher, der 1917 im neutralen Ausland viel Gelegenheit zu authentischer Information über Friedensmöglichkeiten hatte, bemerke ich zu den Erklärungen des Herrn Michaels folgendes:

Erstens: Warum wurde nur die Freigabe, nicht aber die Wiederherstellung Belgiens zugeagt, die der Entente genau so wichtig war wie die Freigabe?

Zweitens: Falls der kaiserliche Vorbehalt betreffend die Festigung des Zugeständnisses ebenfalls weitergeführt wurde, so gab es keine Möglichkeit zum Frieden, da die Gegner mit Recht darauf bestanden, daß die Wiedergutmachung einer Schuld keine Festigung vertrage und auch kein Handelsobjekt sein dürfe.

Drittens: Warum wurde nicht wenigstens der Entschluß zur Freigabe Belgiens öffentlich ausgesprochen, statt der immer wiederholten Allgemeinheiten und Zweideutigkeiten, durch die eine bestimmte wirtschaftliche, politische oder militärische Abhängigkeit Belgiens keineswegs ausgeschlossen wurde?

Ganz zweifellos hat dieses Schweigen und diese Halbheit die damals sehr zum Frieden geneigte öffentliche Mei-

nung des Westens völlig lahm gelogen und dadurch die Verhandlung von Verhandlungen entscheidend verhindert. Lord Lansdowne sagte damals: „Das deutsche Volk wird in bezug auf die Motive belogen, aus denen wir den Krieg fortsetzen müssen.“ Diese Worte dürfte die deutsche Presse damals nicht veröffentlichen. Vielleicht helfen sie jetzt dem deutschen Volke, zu erkennen, wo die wahren Schuldigen der Kriegsverlängerung zu suchen sind. Hochachtungsvoll F. W. Förster.“

Bettelheim in Wien verhaftet. Wolff meldet aus Wien, daß der ungarische Kommunist Bettelheim in einem Wiener Sanatorium verhaftet worden ist. Der „Vorwärts“ hatte die offensichtlich tendenziöse Meldung sozialistischer Blätter, Bettelheim sei nach Berlin geflüchtet, bereits mit der Ueberschrift: „Angenehmer Zuwachs für Berlin“ berichtigt. Seine Aufgabe ist immer die gleiche: als Stütze für die Verbreitung aller Lügen zu dienen.

Beihilfe für Veteranen. Wie in den Jahren 1917 und 1918 so sollen auch in diesem Jahre den durch die Teuerung in ungetragenen ehemaligen Kriegsteilnehmern, die die Veteranenbeihilfe von jährlich 150 Mark beziehen, eine einmalige Zulage von 50 Mark gewährt werden.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen. In der vorbereiteten Sitzung mit den polnischen Delegierten ist eine Vereinbarung über die Bildung von Kommissionen und Unterkommissionen für die Verhandlungsgebiete erzielt worden. Mittwoch vormittag fand im Reichsministerium des Innern eine Besprechung sämtlicher Behörden über die hiermit zusammenhängenden Fragen statt, insbesondere wurde die Beteiligung der einzelnen Ressorts an den verschiedenen Kommissionen festgelegt. Die eigentlichen Verhandlungen dürften in den verschiedenen Kommissionen Ende dieser oder Anfang nächster Woche beginnen.

Die „Deutsche Zeitung“, das alldeutsche Revolutionsblatt, für unbestimmte Zeit beschoten worden. Diese Zeit wird nicht allzu lange dauern, da Herr Koelle nur sozialistische Bestellungen sozial unterbreitet.

Ende der Lebensmittelrationierung in Schweden. Die Ernährungskommission hat bei der Regierung beantragt, die Rationierung vom 25. August ab aufzugeben. Damit wäre in Schweden die letzte Rationierungsbestimmung in Wegfall gekommen.

Aussperrung in Röhlfen. Nach Mitteilung aus Röhlfen im Elbthale, haben die Demoskopen 12 000 Arbeiter ausgesperrt, weil sie gegen den Willen der Arbeitgeber Montag feierten.

Landeskonferenz der U. S. P. für Sachsen.

Am zweiten Tag ihrer Beratungen (siehe Nr. 882 der „Freiheit“) berief sich die Landesversammlung ausführlich mit der Frage der Regierungsbildung und des Rätesystems. Die Genossen Lipinski und Seger referierten. In der anschließenden Debatte wurde gemeint zum Ausdruck gebracht, daß eine Regierungsbildung mit den Rechtssozialisten zu verwerfen sei. Die Teilnahme an einer Koalitionregierung mit den bürgerlichen Parteien wurde von allen Rednern abgelehnt. Folgender Antrag, der sich grundsätzlich gegen eine Regierungsbildung mit den Rechtssozialisten ausdrückt, wurde in namentlicher Abstimmung mit 37 gegen 29 Stimmen abgelehnt:

Die außerordentliche Landesversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Sachsens erklärt sich grundsätzlich gegen eine gemeinsame Regierungsbildung der U. S. P. und der S. P. in Sachsen. Das Verhalten der Rechtssozialisten in der Landesarbeiterkonferenz am Freitag, dem 3. August, die Verkündung des vorläufigen Abkommens über Chemnitz und das dort durch die Arbeitergruppen unter der Führung der Arbeiterpartei gerichtete Mißtrauen haben erneut klar bewiesen, daß die Sozialisten den Boden des Klassenkampfes verlassen haben und in das Lager der kapitalistisch-militärischen Gegenrevolution übergegangen sind. Sie fordert die Arbeiterpartei Sachsens auf, mit allen revolutionären Mitteln den Kampf für den Sozialismus zu führen. Unter diesen Mitteln steht in vorderster Linie der Kampf um die Rätebildung, wie ihn das Aktionsprogramm der U. S. P. D. definiert.

Dagegen wurde die nachstehende Entschließung des Landesvorstandes mit 69 gegen 16 Stimmen angenommen:

Ich komme ja gegen ihn Beschwerde führen, eine Anzeige bei Gericht ginge „auf keinen Fall“ durch. Was bei so einer Beschwerde herauskommen würde, kennt man ja zur Genüge, es eine Nähe der anderen nicht die Augen auspaßt.

Kann man auch für mich der Tag der Trauer. Wenn man kann heron. Und Friede auf Erden, sorgen in der Stadt die lägherischen Gloden. Wir im Lager röhleten zum Kampf. Die Harmonika wurde herangezogen, ich gab meinem Nachbar, Klopfformen, so daß er den Tag, Franzosen, Russen, Engländer, Polen, Deutsche — alle traten bei mir an, und so gegen mich dem Nachher, der gegen die Belgier mit schweren Wunden verkränkt war. Hier wurde Hohn gesagt, und jetzt — was man erkläre, das wurde aus ihnen herausgeholt, und alle sangen Lieder der gute Querschützen und meine getreue Hölle besungen, das weit hinaus, daß die Spießbürger drohen, die zur Welt, erschrak aufstanden; es erscholl die — Waffelkaiser. Im deutschen Buchdruck-Kriegsgefangenenlager! Ich will sagen den revolutionären Hochgefühl und sangen damit verführt und Mut und Vertrauen auf eine rührende Zukunft in die Bergen unserer armen Belgier.

Nicht weit entfernt lag das große Hauptlager. Nicht nur können Belgier gefangen gehalten. Hollenländer natürlich. Die Trübe, die um ihre Baracken gezogen, waren elektrisch geladen. Doch schwerer Strafandrohung warf eines Tages ein militärischer Polk einem hungernden Belgier einen Zwickel zu. Solcher könnte die Waise im Sturmschritt herbei, und im nächsten Augenblick war der unglückliche Franzose auf der Spitze eines deutschen Landsturmbajonettes aufgeschloß.

Eines Tages besuchte eine russische Kommission unter Führung eines Schweders die Gefangenenlager. Im Hauptlager waren die polnischen Dörfer gebaut. Die Keller der Kommissare waren aber keine Kothäuser. Der Schwede kam heron. Er hatte seinen Kopf zu Schüßengrobenheiten nach dem Warten geschickt, davon waren mehrere mit zerstückelten Gliedern geschnitten von den Augen ihrer eigenen französischen Kameraden (werdenden) im Lager zurückgekommen. Schwermütig konnten sie in eine Baracke zusammengetrieben, die Fenster und Türen waren oben und unten am Kopf prangte ein Schwere. „Was ist das für eine Gefangenschaft!“ Der Lagerkommandant bejahte in eigenen Interesse die Schweders, von dem Besuch dieser Kommission zu nehmen. Die Schweders sagte nur: „O, Herr General, das macht nichts. Die Schweders kam ja an den Gefangenen...

Deutsche Kulturbilder aus der Kriegszeit.)

II.

In einem Gefangenenlager.

Neun Monate lang mußte ich in einem Kriegsgefangenenlager, einem ehemaligen Staatsgefängnis, die „Segnungen“ staatlicher Freipension über mich ergehen lassen. Eines Tages kam Leben und Bewegung in die Bude. Zimmerleute traten an und zimmerten richtige Bänke für Menschen, noch enger im Verhältnis, als unsere Humanität sie gefangenen Tieren im zoologischen Garten zubilligt. Großes Raten unter den Gefangenen aller Nationalitäten: wozu das alles? Da kam die Lösung: eines Tages martierte die eisernen Tore und drohten sich in den Angeln, und herangehten hundert Hunderte von Belgiern. Es waren zwangswise deportierte Arbeiter und wenige Bürger, die sich mit Recht weigerten, Schergerbenliste an ihrem gemißhandelten Vaterlande zu leisten, indem sie in Fabriken und Bergwerken stunden sollten, um Material zu Tage zu fördern oder zu betreiben, das eines Tages in Gefahr einer deutschen Angel aus deutschem Gewebe ihren belgischen Brüdern ins Herz dringen könnte. Diese Charakterstärke war ihr größtes Verbrechen, um desto williger die damalige Militärreligie die Kerker jetzt wie gewöhnliche Verbrecher behandelte.

Wie anderen wurden von diesen „Bestrafungen“ streng abgefordert. Schwerste Strafen wurden dem angedroht, der es unternahm wollte, mit den Belgiern ein Gespräch anzuknüpfen, durch Zeichen sich mit ihnen zu verständigen oder gar den Hungernden ein Stück Brot zuzustehen. Der Lagerkommandant, ein Leutnant der Reserve, war der rechte Mann, diesen drakonischen Bestimmungen den erforderlichen Nachdruck zu verleihen. Er griff unerbittlich durch, wie es so schön heißt. Einzelne kamen die Belgier in die dunkeln Käfige, Wachen mit angeschlossenem Gewehr wurden überall postiert. Einmal des Tages durften die Leute auf dem engen Gefängnishof spazieren gehen, einzeln hintereinander, mit fünf Schritten Abstand, nicht sprechen, eine ganze halbe Stunde lang; genau wie Sträflinge.

Dann schied die griffige Postler ein. Einzelne ließ sich der Lagerkommandant seine Opfer, die ihm besonders hierzu geeignet erschienen, zu sich kommen, dröhle

ihnen, schiedte sie und versuchte, sie mit allen unelastischen Mitteln fesseln zu machen. Gelang es ihm nicht, dann sah der Kerker seinen Käfig nicht wieder, sondern wanderte geradewegs in den Straß. Ein Unterschied war zwischen beiden, nur ein anderer Name. Dann schied der zweite Grad der Postler ein. Man bekam den Tagelohn, aber die ohnehin so dürftige Ration und setzte sie auf halbe Port oder Wasser und Brot. In diesen der Postler will ich hier feststellen, daß meines Wissens keiner der Angehörigen zum Verzehr an seinem armen Vaterland geworden ist. Erst nachdem diese, nicht geseht von mir, wofür ich acht Tage in den Arrest flog (stumpen Arrest, Dunkelzelle unter der Erde, von der einfallenden Luft behaft, Wasser und Brot, worüber ich mit Hungerstrel qualterte), an den spanischen Vorkämpfer geschmuggelt waren und Wilson sich ins Mittel begibt hatte, wurde die Quot der Belgier beendet. Begleitend ist der Kadred, den wir anderen den Belgiern bei ihrem Tross im Gefängnis gab. Wir sagten fort: „Dort deuten Kämpfer der Tolenzug.“ Hochachtung, trüben flackerndes Auges, doch unbewegliche Energie in den Leidensgeschichten, so klarwie die Gefährten eiser. Und noch ein Licht glänzte in ihren Augen: Das, unauflöslicher Haß und Verachtung für ihre Peiniger. — Aber jetzt ist die große Rechnung aufgemacht!

Ich habe die Pressen nicht weniger — nicht wegen der Schwere an sich, denn die gab mir reichlich Ruhe, einen Roman zu Ende zu führen —, sondern wegen der brutalen, offenkundigen Vergewaltigung des Willens unter unseren Augen; ich verachtete sie auch, machte daraus keinen Hehl, führte die Sache meiner Schreie und rechtsmündigen Leidensgeschichten, trat dem toben Kaiserntosion prechtlicher Unteroffiziere entgegen, wurde dafür mit Kolbenhieben mißhandelt, ließ mich durch den Arzt untersuchen, der aber vorher „ausgelacht“, schmeißte mich einen „Rebellenführer“ an. Der Oberaufseher demagogierte mich dem Rest als „Haupt der Rebellen“ und meinte, die Kolbenhiebe seien gar nicht gegeben, die Pirne hätten rausgehen müssen.“ Solcher Demagogie konnte sich der gebildete Willens nicht gut entziehen. Ich dachte, zum Arzt zu kommen und sehe mich einem Richter gegenüber“, erklärte ich und wolgerte mich nun, mich auszusprechen. „Gut“, erwiderte er, „dann haben wir's ja schon, es ist nichts zu sehen, ich will das gleich festlegen, und jetzt können Sie ja Anzeige erlassen. Die Richter werden wissen, woran sie mit Ihnen sind. Bestrafen möchte man Sie noch wegen — Simulanten.“ Doch habe ich die Verlegungen durch Willensjüngere mir belästigen lassen. Die Anzeige unterdrückte natürlich den Komman-

Gewerkschaftliches.

Ergebnislose Verhandlungen im Hamburger Bankbeamtenstreik.

Die Zentralverwaltung des Bankbeamtenstreiks teilte mit, daß die Verhandlungen kein Ergebnis gehabt haben. Die Arbeitgeber bieten ihr Angebot vom Sonnabend (vor Streikausbruch) aufrecht, und zwar mit der Aufforderung sofortiger Annahme oder Ablehnung. Die Bankbeamtenvertreter lehnten eine solche Verhandlungsgrundlage ab und traten mit einem neuen Vorschlag hervor, in dem neben den wirtschaftlichen Forderungen u. a. auch verlangt wurde, daß eine Währungsregelung infolge des Streiks nicht erfolgen dürfe und daß ungescheit in Tarifverhandlungen eingetreten sei. Die Arbeitgeber erklärten, daß sie zu diesem Vorschlag bis heute Mittags Stellung nehmen würden. Regierungsminister Dr. Brücker wurde vor seiner Rückkehr nach Berlin von den Arbeitnehmervertretern gebeten, sofort im Reichsarbeitsministerium wegen Übertragung einer gemeinsamen Sitzung für den 18. August nach Berlin unter Hinzuziehung von Vertretern aller beteiligten Kreise Schritte zu unternehmen.

Achtung, Arbeiter aller Branchen!

Wir teilen hiermit mit, daß die Sperre über den Zubehörsbetrieb Fritz Pollack, Berlin, Luisenparkstr. 50, noch nicht aufgehoben ist. Es sei daran erinnert, daß der Betrieb gesperrt wurde, wegen Nichtanerkennung des Tarifvertrages, Währungsregelung des Vertrauensmannes, Bekämpfung und Bedrohung der Vertrauensleute.

Da der Firma die Sperre unangenehm ist, versuchte sie jetzt, die Öffentlichkeit zu täuschen, indem sie Wagen mit anderen Firmennummern, z. B. Sargow, Hing, Oll benutzt.

Die Arbeiterchaft wird ersucht, auf dieses Täuschungsmanöver zu achten und Arbeit in diesem Betriebe nicht früher anzunehmen, bis Herr Pollack die Organisation und den Kohortariff anerkennt.

Deutscher Transportarbeiterverband Sektion Lebensmittelbranche.

Der Streik der Arbeiter und Arbeiterinnen der Nahrungsmittelindustrie, Hufelandstraße 11, ist am Mittwoch durch Verhandlungen beigelegt.

Groß-Berlin.

Dr. Friedmanns Verdienste.

Dieser Tage ist zu Ehren von Dr. Franz Friedmann eine vom Professor Dr. A. Dührren-Berlin verfaßte Festschrift erschienen, in welcher starke Bekläme für die Friedmannsche Tuberkuloseforschung gemacht wurde, ein Unterfangen, das bereits in laudatorischen Kreisen nicht mißachteten Widerstand erfuhr.

Es sind etwa 10 Jahre her, da erregte es in der Öffentlichkeit großes Aufsehen, daß Herr Friedmann mit seinem Mittel an Waisenkindern, die im städtischen Waisenhaus in Kummelsburg untergebracht waren, Versuche unternommen hatte. Diese Versuche waren erfolgt unter Zustimmung des ärztlichen Leiters des Kummelsburger Waisenhauses, Professor Dr. Müller, ohne daß die städtische Waisenkommission davon Kenntnis hatte. Als sie davon Kenntnis erhielt, tat sie den weiteren Versuchen Einhalt. Sie mußte das tun, weil weder Herr Professor Dr. Müller, noch die Waisenkommission ein Recht hatten, ohne Zustimmung der Erziehungsbehörde Versuche irgendwelcher Art an den Kindern, deren weitere Entwicklung niemand kontrollieren konnte, durchzuführen. Die Kinder, die aus der Waisenspflege kamen, oder in entferntere Pflegefamilien gegeben wurden, auf längere Zeit feststellen, welche Wirkungen die an den Kindern vorgenommenen Impfungen hatten. Soweit in Einzelfällen das gescheh, wurde behauptet, daß schädliche Wirkungen eingetreten seien, oder eine Verschlechterung des Zustandes eines mit dem Friedmannschen Mittel behandelten Kindes sei auf andere Umstände zurückzuführen.

Wegen diese gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßenden Versuche an der Stadt anvertrauten Kindern richtete sich die Kritik in der Berliner Stadtverordnetenversammlung, die im Auftrage der sozialdemokratischen Fraktion Genosse Dr. Wehl geübt hat. Der Verfasser der Lobeschrift auf Friedmann, Herr Professor Dr. Dührren, kann es sich nicht verkneifen, Genossen Wehl dieserhalb anzugreifen, unserer Meinung nach vollkommen zu Unrecht. Die Verurteilung von Waisenkindern ohne Zustimmung der Erziehungsbehörde war unzulässig und mußte entschieden gerügt werden. Dem Professor Dr. Müller ist demnach auch ein Tadel erteilt worden. Wenn Eltern ihre Kinder freiwillig für Versuchsversuche hergeben, so ist das eine andere Sache. Im übrigen ist allen solchen Mitteln gegenüber die größte Vorsicht am Platze, um nicht unnötige Opferungen zu erwecken. Der Tuberkulose ist nicht lediglich mit Impfungen beizukommen; sie ist vielmehr eine eminent soziale Erkrankung. Sie ist nicht zuletzt abhängig von der Ernährungs- und Wohnungsfrage, und deshalb wird mit Recht großer Wert gelegt auf fürsorgereiche Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten.

Der unverbesserliche „Vorwärts“.

Der „Vorwärts“ hat sich wieder einmal hineinlegen lassen. Wegen seiner Veröffentlichung über den Verkauf unverbesserlicher, kaum genießbarer Kartoffeln durch die Omnibusgesellschaft veröffentlichte er eine Zuschrift, monach die Arbeiter und Angestellten es mit Freuden begrüßt hätten, daß jeder sich 20 Pfund Kartoffeln ausbuchen konnte, und sie hätten gern dafür 15 Pfennig für das Pfund bezahlt, sie würden noch recht oft von einem solchen Angebot Gebrauch machen, denn die Kartoffeln seien sehr wohl genießbar und nicht völlig verderben gewesen. Der „Vorwärts“ bezeichnet die von ihm veröffentlichte Zuschrift als von den Arbeitern und Angestellten der Omnibusgesellschaft herrührend und durch den Vertrauensmann überliefert.

Demgegenüber stellen wir fest, daß es sich um Futterkartoffeln handelte, die zum Preise von 8 Mark pro Zentner gekauft worden, den Arbeitern zu 15 Pf. pro Pfund, also 15 Mark pro Zentner, angeboten wurden. Ferner lassen die Arbeiter der Omnibusgesellschaft Hof 14, und durch ihren Vertrauensmann erklären, daß die Kartoffeln nicht zu genießen waren. Unter 40 Pfund war nicht eine gute Kartoffel; noch keine 10 Pfund waren fähig zu Kartoffelpuffer zu gebrauchen, sie konnten direkt.

Auf dem Viktorienplatz haben die Arbeiter nur einen Vertrauensmann. Der Mann hat erklärt, von einer Zuschrift an den „Vorwärts“ nichts zu wissen; er erklärt aber auch, daß die Kartoffeln nicht zu genießen waren.

Es besteht die Vermutung, daß der „Vorwärts“ verbrochen haben. Und wer veranlaßt den „Vorwärts“, von der unverbesserlichen „Freiheit“ zu sagen und darauf hinzuweisen, man solle, mit welcher Vorliebe betriebl. Mitteilungen der „Freiheit“ aufzunehmen sind. Die letzte Bemerkung fällt auf den „Vorwärts“ zurück, der seine Spalten allen öffnet, die die Arbeiter in Mitleid bringen können. „Vorwärts“ fast tagtäglich.

Antisemitische Ausschreitungen.

Die durch Parole und Flugblätter genährte Judenhetze führte am Mittwoch abend an der Ecke des Kurfürstendamms und der Joachimstaler Straße zu schweren Ausschreitungen antisemitischer Belägerter. Auf der Straße wurden von engagierten Juden antisemitische Flugblätter und Schriften verbreitet. Dabei wurden Neben gehalten gegen die Juden. Am Mittwoch abend trug einer der Burschen, vor dem alten Café des Westens, auf einer Straße ein Plakat mit der Aufschrift: „Judenweiber, laßt das Deutsche Wochenblatt!“ Es ereigneten sich wieder ungeschickliche Szenen wie an den Abenden vorher, aber diesmal wollten einige jüdische Herren den Unfug, gegen den kein Postamt und niemand von den recht zahlreich „Ordnungstruppen“ einmarschiert ein Ende machen, und sie nahmen dem Flugblattverbreiter seine Zeitung fort. Es entstand ein großer Krampf und ein junger Mann wurde von Knäueln auf Boden geschlagen und schwer mißhandelt. Als die Herren, die sich gegen den Skandal aufgelegt hatten, zum Bahnhof Zoologischer Gärten gehen wollten, schickte ihnen der antisemitische Pöbel unter Drohungen und Schimpfworten. Pöbeln fielen aus der antisemitischen Gruppe mehrere Revolverkugeln. Einige Personen wurden verletzt, eine der Verwundungen scheint ziemlich schwer zu sein. Ein Herr, der dem bis dahin von keiner Polizei gehörten beigemohnt hatte, fuhr in einem Auto zum Joachimstaler Gymnasium, wo sich eine antisemitische Sicherheitswache befindet. Sein Ersuchen, man möchte ein paar Mann zum Schutz der Ordnung entsenden, wurde mit der Begründung abgelehnt, die Sicherheitswache habe nur die im Gymnasium befindlichen militärischen Menschen zu bewachen. Schließlich erschienen doch noch Polizisten und trieben die Gruppen auseinander.

Wenn Unabhängige sozialdemokratische Arbeiter sich den gebührenden Teil dessen erlauben, was der antisemitische Pöbel sich erdreistet, werden Maßnahmen ergriffen, wie das schon gegen harnlose Versammlungen geschehen ist. Hier darf das antisemitische Geschrei, als wenn es allein zu bestimmen hat.

Anträge der U.S.D. im Roten Hause. Der Berliner Stadtverordnetenversammlung sind folgende Anträge von den Stadtverordneten Dr. Wehl und Genossen unterbreitet worden: 1. Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, der Magistrat zu ersuchen, im Interesse der Berliner Bevölkerung bei der preussischen Regierung gegen die hochschädliche Militärberufungsverordnung zu erheben. 2. Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Magistrat, wegen Uebertretung der Volkshaus- und Speisehallen in städtischen Betrieben mit der Gesellschaft in Verhandlung zu treten.

Wegen Herstellung falscher Banknoten sind gestern mehrere Personen in Haft genommen worden. Die Falschschneiderei befand sich in der Verlobungsstraße 54, wo der Steinbruderbesitzer Hermann Thiel in drei Stockwerken des Hauses mit etwa 26 Angestellten eine Druckerei betreibt. In dieser hat Thiel die Falschschneiderei nachts mit Hilfe des Fabrikanten Hans Neuburg, Fehrbelliner Straße 88, und des Kaufmanns Karl Schwenke aus der Nollensstraße 10 hergestellt. Hauptvertreter waren der Schlichter Franz Schiele aus der Anklamer Straße 82 und der Kaufmann und Villenbesitzer Paul Gemeinhardt aus Hindow bei Berlin. Diese hatten wieder eine ganze Reihe Unterbreiter an der Hand, die ihnen die Scheine abkauften und dann als edle in kleineren und größeren Pöbeln in den Versteck brachten. So kaufte ein Hamburger Bankbeamter einen großen Teil der Scheine. Er hat sie wahrscheinlich bei seiner Bank untergebracht. Ein Bild von dem ungeschicklichen Anfang des Falschschneidetriebs gibt die Festschrift, daß allein Gemeinhardt, der für den Schein 30 Mark an die Falschschneider zahlte, für 60 000 Mark falsche Scheine gekauft und in Verkehr gebracht hat. Die Falschschneiderei war so gewinnbringend, daß sich der Steinbruderbesitzer Thiel von dem Erlös in Dergelbe ebenfalls eine Villa kaufen konnte.

Jugendwohlfahrt in Reuthen. Am 28. September findet bei Doppelhof, Hohenheide, die Herbst-Jugendwohlfahrt statt. Anmeldungen müssen bis spätestens 20. August im Bureau Redarstr. 8 vollständig werden. Beginn des Vorbereitungsabends am 3. September.

Aus den Organisationen.

Schiller Kreis. 13. Abteilung. (Freitag) abend 7 Uhr Versammlung in der SchulstraÙe Grünhalders Straße 6. Vortrag des Gen. Küster: „Die politische Situation“.

Bereinstalender.

Int. Bund der Arbeitsbeschäftigten. Teilnehmer u. Hinterbliebenen, Ortsgruppe Reinickendorf, Bezirk Ost: Freitag, den 18. August, abends 7 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung im Restaurant Restanienröschchen, Rosenthalstraße, Ecke Panoramaweg.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp, Reuthen, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. o. m. b. H., Berlin. — Druck der Einheitsdruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 18.

Soeben erschienen:

PROTOKOLL

über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitagcs der U.S.D.

Berlin, 2. bis 6. März 1919
Preis 5.— Mark

BERLIN NW 6
Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. o. m. b. H.
Schiffbauerdamm 19

Preis 5.— Mark

Maßstab der Sozialdemokratie ist es, die proletarische Warenproduktion und die Ausbeutung der Arbeitskraft zu beenden und die Vergesellschaftung der Warenproduktion und des Warenaustauschs herbeizuführen.

Diese gesellschaftliche Umwandlung kann aber nur durch die Arbeiterklasse selbst sein. Deshalb ist der Zusammenschluß aller klassenbewußten Arbeiter zu einheitlichem sozialistischem Handeln notwendig.

Die Rechtssozialisten haben die Einheitsfront des Proletariats gestoppt. Sie haben durch ihre nationalistische Kriegspolitik die Interessen des Proletariats gefördert und die sozialistische Arbeiterorganisation gestoppt, durch ihr Bekenntnis zur imperialistischen Demokratie die Arbeiter verwirrt, durch das Zusammengehen mit den bürgerlichen Parteien und die Wiederherstellung politischer Kämpfe der Arbeiter durch die Kooptierung die kapitalistische Herrschaft befestigt und die Freiheit geistiger Entwicklung gehemmt.

So bringen notwendig die Einheitsfront der Arbeiterklasse, so hoch ein Zusammenarbeiten mit den Rechtssozialisten ausgeschlossen, solange sie ihre Gewaltspolitik gegen die Arbeiterklasse fortsetzen und sich nicht vorbehaltlos zur Durchführung des Sozialismus bekennen.

Von dieser Voraussetzung ausgehend, hält die Landesversammlung der U. S. D. eine Regierungsbildung mit den Rechtssozialisten in Sachsen solange für ausgeschlossen, bis der Belagerungsstand mit seinen Folgen aufgehoben wird und die nachstehenden Forderungen der Landesversammlung der U. S. D. restlos von den Rechtssozialisten anerkannt werden.

Die endgültige Entscheidung über den Eintritt in die Regierung trifft in allen Fällen die Landesversammlung.

1. Beseitigung des Belagerungsstandes und des Standrechts.
2. Entlassung der in Schutzhaft befindlichen Personen.
3. Amnestie für die wegen politischer Vergehen Verurteilten und Inhaftierten. Niederschlagen aller Staatsverbrechen, die aus Anlaß des Belagerungsstandes eingeleitet sind.
4. Parität der beiden Gruppen in der Besetzung der Ministerien.
5. Keine Vertreter bürgerlicher Parteien in Ministerien.
6. Entfernung aller Reichstruppen aus Sachsen, Errichtung einer Volkswacht aus den Reihen der kassierten bewaffneten Arbeiter.
7. Gesetzliche Regelung der Funktionen der Arbeiterräte als Organe der Selbstverwaltung der Gemeinden und der Verhältnisse als Hilfsmittel der Vergesellschaftung der Produktion und des Warenaustauschs. Zusammenfassung der Arbeiter- und Betriebsräte in einem Landesarbeiterrat. (§ 20 des vorläufigen Grundgesetzes.)
8. Planmäßige Vergesellschaftung der Wirtschaft nach sozialistischen Grundgesetzen, die kleinrentig begonnen und energisch weitergeführt werden muß. Ueberführung der wichtigsten Produktionsmittel und Betriebe der Industrie, Land- und Hochwasserwirtschaft des Handels und Verkehrs in Staatsbesitz.
9. Verpflichtung der Regierung, im Sinne dieser Grundgesetze auf die Reichsregierung einzuwirken.

Genosse Schulze (Dresden) hielt hierauf einen Vortrag über ein Gemeindepogramm. Der Redner legte einen ausführlichen Entwurf vor, die Beschlußfassung hierüber wurde nach mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die lebhafteste Aussprache entstand über einen Antrag, daß ein Reichsparteitag der U. S. D. einberufen werden solle, um die internationale in die U. S. D. einberufen zu lassen, um die internationale in die U. S. D. einberufen zu lassen, um die internationale in die U. S. D. einberufen zu lassen.

Die Landesversammlung möge beschließen, daß ein Reichsparteitag der U. S. D. einberufen werde, um die internationale in die U. S. D. einberufen zu lassen, um die internationale in die U. S. D. einberufen zu lassen.

Zum Schluß der Beratungen wurde ein Antrag angenommen, für die heimkehrenden Kriegsgesangenen ein außerordentliches Flugblatt herauszugeben.

Aus aller Welt.

Nicht deutsche Kriegsgefangene bei einer Explosion getötet.

Berlins, 13. August.
Im Waße von Anor zwischen Courmes und Giron explosionierten gestern auf einem Transport Wagneten, acht deutsche Kriegsgefangene wurden getötet.

Koch ehe man die den Schutzmantel bringen konnte, geschah etwas Ueberraschendes und für die Deutschen sehr Bedauerliches. Die eingeschleppten Krüppel mußten Bind von der Straße bekommen haben und stießen mit ihren Stickschneiben die verarmten Läden auf. Da lag die ganze Schande fast zutage!

Zu das Stadtlager wollte man die Kommissen gar nicht erst lassen, weil dieses Lager nichts mehr und nichts weniger als ein Schlachthaus war. Die Schwärze hatte volle acht Tage aus, bis sie über die Berliner Stellen Expedition zur Beschaffung auch dieses Lagers erbotten hatte. Das war ein Jubeltag für die armen Massen.

Wichtig wie große Kinder hingen sie sich an die roten, schmerzliche Matrone mit den grundstößigen Augen. Alle Klagen hörte sie mit gleicher Liebe und Geduld und Mitleiden an. Wir Deutschen wurden auf die Seite getrieben, denn die letzten Militärkassen schienen sich der Ungeheuerlichkeit bewußt zu sein, wenn auch nur im Angesicht der elden Franzosen eigenen Landleute mit feindseligen Ausländern zusammen zu hängen.

Der Kommandant glaubte, die Schwärze in die Hände führen zu sollen, sie lehnte eine Antwort jedoch ab: „Sie wissen doch, Herr Leutnant, an solch einem Tage wird stets besser gehandelt.“ Aber wollte die Alltagskost schmecken? „Hingegen verweigerte sie die Anwesenheit zu beschließen, über deren Zustand sie das denkbar Ungünstigste vernommen hatte, was ich vollauf beschreiben kann. Der Kommandant weigerte sich dessen auf das Entschiedenste.“

„O, Herr Leutnant, so jagt darauf die Schwärze, da bin ich mir ja das Schicksal hinter diesen Offizieren vorstellend. Nun, vergessen Sie nicht, mein Herr, wir haben auch deutsche Gefangene in Rußland.“

Maximilian Maulbecker.

Die Übergänge. In dem jungen hannoverschen Verleger Josef Steege wohnen unter diesem Titel eine Schriftensammlung, die gleichmäßig wackelige Dichtung, Essay und Politik durch einander mischt. Aber sie bringt in der Menge einiges recht Gute. So hat er, seine Novelle von Otto Plake Wandlung: „Eine Frau, die im Verlangen nach männlicher, brutal geistiger Stärke die Menschen, die ihr zum Erlebnis werden, aussaugt und ihrer Kraft beraubt.“ Kurt Hillers „G. Wagners Erziehungslehre und der Kriminologe“ bringt bei aller Erregung des Notwendigen ein viel Intellektuelles, die zwar virtuos alle Probleme beherrscht, aber in der Ausarbeitung in einer geistig überhöhten Oberflächlichkeit liegen bleibt. Der Verleger bringt ferner in derselben Sammlung die ersten, wirklich guten Gedichte von Rudolf Leonhard „Schicksal am Morgen“.

